Bezirksverband Mittelrhein e.V.

3/2026

Vielfalt–
Das Bildungsmagazin

Editorial: Jugend – Macht – Zukunft

Liebe Leser*innen,

„Alles fein! Mir geht's gut, solange ich keine Nachrichten höre." Das hört man mittlerweile fast täglich irgendwo. Angesichts von immer größeren menschengemachten Katastrophen wächst bei vielen das Gefühl der Ohnmacht.

Wir fragen in dieser Ausgabe, wie die Krisenstimmung auf junge Leute wirkt. Ihnen gehört die Zukunft, sie wollen sie nach ihren Vorstellungen gestalten, die Welt besser machen. Aber welche Macht haben sie? Wieviel Teilhabe, wieviel Mitsprache wird ihnen real zugestanden? Was bedeuten für sie Wohnungsnot, Bildungsmisere, kaputte Infrastruktur und zunehmende Militarisierung? Wie geht es ihnen damit, dass der Planet Erde zunehmend unbewohnbar gemacht wird und Techno-Oligarchen sich anschicken, staatliche Strukturen zu zerstören und die Demokratie abzuschaffen?

Bei den Recherchen und Interviews für diese Ausgabe waren wir überrascht, wie gelassen und zuversichtlich viele Jugendliche trotz allem ihr „Ding" machen. Aktuelle Studien und Umfragen zeigen: Die meisten jungen Leute sind progressiv und demokratisch eingestellt. Aber sie wollen eine „bessere" Demokratie, mit mehr substanzieller Teilhabe. Und Tatsache ist: Jugendliche mit demokratiefeindlichen Einstellungen werden mehr.

Aus dem Inhalt:

Seite	Thema
03	Jugendliche wollen bessere Demokratie
06	Protest sichtbar machen: Der Film „Wolken über Lützerath"
10	Engagement gibt Kraft zum Weitermachen
15	Kreativ gegen Vorurteile
16	Empowerment für Kinder und Jugendliche in Wohngruppen: Die Fachstelle „Gehört werden!"
19	Das Gefühl, gehört zu werden
22	Fragen an die NS-Diktatur – Schüler*innenprojekt an Gedenkstätte Brauweiler bei Köln
26	Diskriminierung im Bildungsbereich: Schutzlücken schließen

Neben der Sorge vor Militarisierung und Frust über die Bildungsmisere sind Erderwärmung und Umweltzerstörung Themen, die junge Menschen in den vergangenen Jahren in großer Zahl auf die Straße brachten. Wir stellen „Wolken über Lützerath“ vor, einen Dokumentarfilm von Lukas Reiter. Er war 2022/2023 vor Ort, als Umweltaktivist*innen und die letzten Bewohner*innen von Lützerath über Monate vergeblich versuchten, die wenigen verbliebenen Wohngebäude des Ortes vor dem Abriss wegen des Braunkohletagebaus zu retten. Lukas Reiter spricht Monate nach der Räumung mit den Protagonist*innen über die Frage, wie man damit umgeht, wenn man seine Existenz riskiert und das Ziel dann doch nicht erreicht.

Durch die Klimademonstrationen sind die Anliegen vieler junger Menschen sichtbarer geworden. Man sollte aber auch dorthin schauen, wo sie in der Stille agieren, ohne Medienpräsenz. Die Studentin Helena und die Schülerin Ecrin engagieren sich ehrenamtlich für bessere Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen, die in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe leben, etwa in Wohngruppen. Ob Mitbestimmung im Hilfeplan oder Kleidungskauf: Mit Umfragen und Kampagnen treiben die beiden jungen Frauen Veränderungen mit voran, die allein in NRW mehr als 30.000 Kindern und Jugendlichen zugutekommen.

Auch im Kulturbereich wird das Engagement junger Menschen oft nur ausschnittweise wahrgenommen. Jugendbands und Rapgruppen sind vielen bekannt – aber Jugendliche als Beiräte im Theater? Ja, die gibt es, auch in Köln. Yaël Koutouan hat mit ihnen darüber gesprochen, welche Aufgaben sie hinter den Kulissen übernehmen und wie sie selbst ihr Engagement sehen.

Wie junge Menschen Verantwortung für die Erinnerung übernehmen, zeigen auch zwei Schülerinnen aus Pulheim bei Köln. Sie haben sich an ihrer Schule im Rahmen eines einjährigen Projekts künstlerisch und forschend mit der NS-Zeit beschäftigt. Die Begegnung mit den beiden zeigt einmal mehr, wie absurd ein Begriff wie „Schuldkult“ ist. Rechtsextreme Akteure nutzen solche oder ähnliche Schlagworte, um die Aufarbeitung der NS-Diktatur und die demokratische Erinnerungsarbeit zu diskreditieren. Ihre Angriffe richten sich gegen die Arbeit in Gedenkstätten und Schulen ebenso wie gegen das Erinnern durch Stolpersteine. Die Schülerinnen sind sich bewusst, dass sie für die Vergangenheit keine Schuld tragen, aber sie betonen ihre Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft. Die Arbeit am Projekt hat sie darin bestärkt, laut und deutlich „Nie wieder!“ zu sagen und für die Demokratie einzutreten. Das Gefühl, willkommen und vor Ausgrenzung geschützt zu sein, macht Kinder und Jugendliche stark. Der jüngste Jahresbericht des ada.nrw-Netzwerkes zeigt, wie wichtig es ist, aktiv gegen Diskriminierung (nicht nur) im Bildungsbereich vorzugehen.

Junge Menschen machen die Zukunft – so oder so. Die Älteren können sie dabei begleiten, sie ermutigen, und von ihnen lernen: Machtkritisch, fair und offen für wechselnde Perspektiven.

Wir bleiben dran und wünschen gute Lektüre!

Die Redaktion – Martina Sabra und Mercedes Pascual Iglesias

Jugendliche wollen bessere Demokratie

70% aller Wahlberechtigten in Deutschland sind älter als 50 Jahre. Kinder und Jugendliche sind demografisch in der Minderheit. Aber sie sind die Zukunft, und sie wollen eine Demokratie, bei der drin ist, was draufsteht.

Im Frühjahr 2026 gingen bundesweit tausende Jugendliche auf die Straße, um gegen Militärdienst und für Frieden zu demonstrieren. Das ist nichts Neues. Mit Slogans wie „Wir sind hier, wir sind laut! Weil ihr uns die Zukunft klaut!“ protestieren junge Menschen in Deutschland seit Jahren vehement gegen Klima- und Umweltzerstörung, aber auch gegen Unterrichtsausfall und marode Schulgebäude, gegen Wohnungsnot und wachsende Ungleichheit sowie gegen den wachsenden Einfluss extrem rechter Kräfte in Gesellschaft und Politik. Die Ausdrucksmittel sind einfallsreich und vielfältig.



teilhabeatlas.org / Bild: Wüstenrot-Stiftung, DKJS

Politisch interessierter als gedacht

Wer meint, junge Leute seien pessimistisch, politisch desinteressiert und wollten sich nicht engagieren, liegt krass daneben. Bundesweite Studien und Umfragen aus jüngster Zeit belegen, dass Jugendliche mehrheitlich gut drauf und bereit sind, sich für das Gemeinwohl stark zu machen.

Die Deutsche Kinder- und Jugend Stiftung (DKJS) analysiert die Ergebnisse mehrerer großer Jugendstudien (Shell/SINUS/FES) zu politischen Einstellungen und Wahlverhalten. Laut der Veröffentlichung von 2025 sind mehr als die Hälfte der Jugendlichen in Deutschland nach wie vor zuversichtlich, und sie blicken generell optimistischer in die Zukunft als ihre Eltern. Bei Jugendlichen mit geringerer formeller Bildung soll dieser Trend besonders ausgeprägt sein.

Auch wenn öffentliche Jugendproteste in Wellen verlaufen und immer mal wieder nachlassen: Das politische Interesse und die Bereitschaft zum politischen Engagement nehmen laut DKJS bei Jugendlichen zu, von 22% im Jahr 2022 auf 37% im Jahr 2024. Nur wenige denken dabei allerdings an eine Partei: Junge Leute wollen vor allem praktische Probleme lösen und an Themen arbeiten, die sie und ihr Umfeld direkt betreffen.

Mehrheit der Jugendlichen progressiv

Was die politische Orientierung angeht, neigen laut der DKJS-Analyse die meisten jungen Leute in Deutschland weiterhin zu progressiven, prodemokratischen Positionen. Aber konservative Positionen und Vorbehalte gegen Demokratie nehmen zu, besonders bei männlichen Jugendlichen, in ländlichen Regionen und in den östlichen Bundesländern. Viele Jugendliche halten Demokratie für das beste politische System. Sie sagen aber auch, dass Demokratie nicht gut umgesetzt werde. Parteien findet die Mehrheit wichtig, aber viele fühlen sich nicht gehört und nicht angemessen vertreten. Rund 60% der befragten Jugendlichen bejahen einen starken Einfluss der Politik auf ihr Leben, doch nur 45% glauben, selbst Einfluss auf die Politik nehmen zu können.

Konkrete Problemlösungen erwartet

Von politischen Parteien erwarten Jugendliche vor allem, dass sie konkrete Probleme lösen und dass sie die Zukunft im Blick haben. Das bei Älteren noch dominante „Rechts-Links"-Schema ist bei Jugendlichen wenig verbreitet. Sie fühlen sich weniger an eine bestimmte Partei gebunden und haben insgesamt weniger Vertrauen zu Parteien als die Älteren. Für die politische Willensbildung sehr wichtig sind soziale Medien, denn hier findet die junge Generation ihre Themen wieder: Klimawandel, wirtschaftliche Unsicherheiten, Krieg und soziale Ungleichheit.

Junge Menschen sind also politisch wach und sie wollen mitbestimmen über Dinge, die sie betreffen. Darauf haben sie einen Rechtsanspruch: Deutschland hat die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Diese legt in Artikel 12 das Recht des Kindes fest, in allen es selbst betreffenden Angelegenheiten gehört zu werden und seine Meinung einzubringen. In Deutschland ist die Beteiligung von jungen Menschen unter anderem im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) fest verankert.

Strukturelle Hindernisse behindern Teilhabe

In der Zeitschrift Impulse (3+4/2025) analysiert der Diplompädagoge Frank Greuel vom Deutschen Jugendinstitut unter dem Titel „Partizipation von Anfang an", was der Teilhabe von Jugendlichen im Weg steht. Neben „strukturellen Barrieren" (wie z.B. mangelnde Ressourcen, mangelnde Fachkenntnisse der beteiligten Fachkräfte), „Institutionenkultur" (mit hierarchischem und adultistischem Verhalten) und „fehlender Verbindlichkeit" spiele vor allem soziale Ungleichheit eine Rolle. Armut und geringe formelle Bildung machten Partizipation schwierig, und würden verschärft durch Behinderung, Fluchtgeschichte, prekäres Wohnen, Obdachlosigkeit sowie andere Lebensumstände, die mit Stigma einhergingen. Etwa 45 Prozent der 12- bis 17-Jährigen mit geringem Bildungshintergrund und 34 Prozent der jungen Menschen aus armutsgefährdeten Familien seien „in den abgefragten gesellschaftlichen und politischen Bereichen" nicht aktiv. Bei Gleichaltrigen mit hohem Bildungshintergrund liege dieser Anteil lediglich bei 12 Prozent und bei Gleichaltrigen aus Familien ohne Armutsrisiko bei 14 Prozent.

Greuel fordert einen nachhaltigeren Umgang mit dem Thema: „Echte Beteiligung zuzulassen bedeutet, dass Erwachsene Entscheidungsmacht abgeben müssen und gegebene Verhältnisse sich der Kritik und den Veränderungswünschen von Kindern und Jugendlichen stellen müssen (…) Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen (…) kann sowohl Ausdruck als auch Motor demokratischer Entwicklung und sozialer Integration sein. (…) Partizipation ist nicht nur eine rechtliche und moralische Verpflichtung, sondern auch eine zentrale Voraussetzung (…) für eine zukunftsfähige Gesellschaft."

Man kann allen Beteiligten nur wünschen, dass das wahrgenommen wird, damit Jugendliche stabil darauf vertrauen können, dass die Zukunft ihnen gehört.

Quellen

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung DKJS (2025): Analyse. Politische Einstellungen und Wahlverhalten junger Menschen
https://www.dkjs.de/wp-content/uploads/2025/02/analyse-politische-einstellungen-und-wahlverhalten-junger-menschen.pdf

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS 2025) Teilhabeatlas Kinder und Jugendliche 2025
https://www.dkjs.de/der-teilhabeatlas-kinder-und-jugendliche-ist-da/

Deutsches Jugendinstitut, Zeitschrift IMPULSE Nr. 3+4 (2025)
Jugendbeteiligung und politische Partizipation
https://www.dji.de/themen/jugendbeteiligung-und-politische-bildung/partizipation-von-anfang-an.html

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung DKJS (2025) Politische Einstellungen und Wahlverhalten junger Menschen

Die Studie vom Februar 2025 führt unter anderem Daten aus drei großen Studien zusammen: 1) Die SINUS-Jugendstudie 2024; 2) Shell Jugendstudie 2024; 3) Friedrich-Ebert-Stiftung: Krisenerwachsen - Wie blicken junge Wähler*innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?
https://www.dkjs.de/wp-content/uploads/2025/02/analyse-politische-einstellungen-und-wahlverhalten-junger-menschen.pdf

Jugendliche – wer sind sie?

Gesetzliche Altersgrenzen können unterschiedlich sein. In Deutschland gelten laut Jugendschutzgesetz und laut SGB VIII alle Menschen zwischen 14 und 17 formal als „Jugendliche". Menschen zwischen 18 und 26 bezeichnet das SGB VIII als „junge Volljährige". In den Sozialwissenschaften und in der Forschung wird mit „Jugend" oder „junges Erwachsensein" meist die Übergangsphase vom Eintritt in die Pubertät bis zur Gründung eines eigenen Haushaltes bezeichnet, also eine Altersspanne von circa 12-32 Jahren. Innerhalb dieses großen Zeitfensters werden für Studien und Forschungen in der Regel bestimmte Altersgruppen abgegrenzt.



An der Abbruchkante in Lützerath / Bild: Lukas Reiter

Protest sichtbar machen: Der Film „Wolken über Lützerath“

»Man hat Demokratie nicht, man erkämpft sie sich und lebt sie.«

So blickt die Aktivistin Blinker in „Wolken über Lützerath“ auf ihren politischen Kampf zurück. Für seinen Dokumentarfilm begab sich der junge Filmemacher Lukas Reiter mit seiner Kamera nach Lützerath – an einen Ort, der wenig später vollständig zerstört wurde, und in eine Protestbewegung, deren Wirkung weit über diesen lokalen Konflikt hinausreicht. Reiter selbst war bei den Dreharbeiten 29 Jahre alt. Auch seine Protagonistinnen gehören teilweise zu einer jungen Generation, die nach Formen politischer Teilhabe sucht: auf der Straße, in den Medien und im Parlament. Der Film erzählt von ihrem Kampf um Lützerath, von der Macht der Bilder und von der Frage, was von politischem Engagement bleibt, wenn sein unmittelbares Ziel nicht erreicht wird.

Filmbesprechung von Werner Busch

Lützerath war ein kleiner Ort am Rand des Braunkohletagebaus Garzweiler II westlich von Köln, und wie zahlreiche Dörfer zuvor sollte auch Lützerath dem Tagebau weichen.

Doch als die Abbruchkante immer näher an den Ort rückte, hatte sich der gesellschaftliche Kontext verändert: Klimakrise und Kohleausstieg waren längst zentrale politische Themen, "Fridays for Future" hatte eine junge Generation mobilisiert. Schon 2018 war der Hambacher Forst zum Symbol des Widerstands geworden: Nach der Räumung der Baumhausbesetzung stoppte ein Gericht die geplante Rodung.

In Lützerath verband sich der Protest mit der Hoffnung, Ähnliches erreichen zu können. Klimaaktivist*innen besetzten das (fast) leere Dorf, errichteten Baumhäuser und machten den winzigen Ort zum Zentrum der Klimaproteste in Deutschland. Auch hier wurden Gerichte angerufen – doch die Verfahren brachten am Ende keine Rettung. Im Januar 2023 räumte die Polizei die Besetzung trotz massiver Gegenproteste, anschließend wurden die letzten Häuser vernichtet und schließlich die Erde selbst abgebaggert.

Klimakrise als Gegenwart

Der Dokumentarfilmer Lukas Reiter studierte an der Filmakademie Baden-Württemberg und beschäftigt sich seit Jahren mit Klimaprotesten, Besetzungen und politischen Bewegungen. Bereits 2019 machte er mit „Hambi – Der Kampf um den Hambacher Wald“ auf sich aufmerksam; mit „Wolken über Lützerath“ kehrte er einige Jahre später in die Region zurück. Im Mai 2026 kam der Film in die Kinos.

Als „Wolken über Lützerath“ im Juni 2026 auf dem **Fusion Festival** in Mecklenburg-Vorpommern gezeigt wurde, bekam Lukas Reiter eine Nachricht von einem Freund dort. Er habe gerade in einem klimatisierten Saal seinen Film gesehen und sei danach hinaus in die Hitze von fast 40 Grad getreten. Kurz darauf musste das Festivalgelände wegen eines nahegelegenen Feld- und Waldbrandes geräumt werden. Es war der Auftakt zu einem weiteren außergewöhnlich heißen Sommer: In NRW folgte der trockenste Juli seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, später brannten große Flächen im Hürtgenwald und im Hohen Venn. Unweit der großen rheinischen Tagebaue.

Für Reiter verdichtete sich ein Gefühl, das ihn seit Jahren begleitet: Die Klimakatastrophe ist längst Gegenwart – sie steht nicht mehr vor der Haustür, sie ist bereits eingetreten. Und doch muss immer wieder neu um Aufmerksamkeit für die Thematik gerungen werden. »Ich versuche mit meinen Filmen Awareness zu schaffen und meinen Teil beizutragen. Aber es fühlt sich natürlich alles viel zu groß an.«

Drei Wege politischer Teilhabe

Reiter nimmt die Räumung von Lützerath zum Ausgangspunkt für eine größere Frage: Wie funktioniert politisches Engagement, wie wird es sichtbar und was bleibt davon, wenn das konkrete

Ziel nicht erreicht wurde? Im Film stehen drei Frauen im Zentrum. Blinker organisiert den Widerstand vor Ort. Ronni kümmert sich um Pressearbeit und Medienstrategie. Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Kathrin Henneberger kämpft in Partei und Parlament für den Erhalt Lützeraths. Drei Menschen, drei Formen politischer Teilhabe – Straße, Öffentlichkeit, Institution.

Reiter erklärt diese Formen des Engagements nicht didaktisch, sondern beobachtet, wo sie sich bewähren und an Grenzen stoßen. Einen besonderen Raum nimmt dabei die Medienarbeit ein: die Bilder und Erzählungen, über die Protest wahrgenommen wird.

Dieser Blick auf Medien unterscheidet den Film deutlich von Reiters erstem langen Dokumentarfilm. »Im Film Hambi war ich ein Filmemacher, der diesem ganzen Kosmos staunend zum ersten Mal begegnet. Die Kamera ist sehr suchend und entdeckt ganz viel Neues«, sagt er heute. In Lützerath traf Reiter dagegen auf eine professionalisierte Medienarbeit: Ein Team koordinierte Journalist*innen und plante gezielt, welche Bilder nach außen gingen. Öffentlichkeit, das zeigt der Film sehr genau, entsteht nicht von allein.

Alles, was du siehst, ist morgen nicht mehr da

Dass er diesen Prozess mit solcher Nähe beobachten kann, hängt mit seiner pragmatischen Arbeitsweise zusammen. »Oft passiert irgendwas, und dann muss gedreht werden, und ich will zur Stelle sein.«



Filmemacher Lukas Reiter bei der Arbeit / Bild: Felix Maria Bühler

Er sei keiner, der lange vorher alles durchkonzipiere. »Ich schmeiße mich eher in solche Orte hinein, lebe dann da, bekomme dort das Leben mit und baue in dieser Zeit den Film.«

Wolken über Lützerath hält einen Ort fest, der physisch nicht mehr existiert. Der Film endet allerdings nicht mit seiner Zerstörung. Monate später trifft Reiter seine Protagonistinnen erneut. Sie schauen zurück, zweifeln und ordnen die eigenen Rollen neu ein. Diese Rückkehr und die Reflexion des Geschehenen gehören zu den größten Stärken des Films.

Trotz seiner Nähe zu den Protagonistinnen sucht Reiter im Film Abstand. Die Filmaufnahmen ließ er nach der Räumung zunächst ein halbes Jahr liegen und arbeitete später mit Editor Christoph Hans zusammen. »Es ist unglaublich wichtig, dass jemand den Film schneidet, der auch eine gewisse Distanz zu dem ganzen Thema hat«, sagt Reiter. Die Montage verschränkt persönliche Entwicklungen mit politischen Entscheidungen und der Medienarbeit, ohne die drei Perspektiven auf eine gemeinsame Botschaft zurechtzustutzen.



Wolken über Lützerath, Protagonistin Blinker
Bild: Lukas Reiter

Gerade diese Offenheit macht den Film auch für politische Bildungsarbeit interessant: Er sagt nicht, welche Form des Engagements die richtige ist, sondern zeigt Menschen, die Strategien ausprobieren, mit Widersprüchen leben und Niederlagen verarbeiten.

Lützerath wurde geräumt. Bei den Vorführungen seines Films erlebte Reiter dennoch, dass Beteiligte sich daran erinnerten, »was man eigentlich geschafft hat«. Er glaubt, dass daraus auch Kraft entstehen kann, weiterzumachen. Ein Erfolg lässt sich eben nicht immer daran messen, ob das unmittelbar gesetzte Ziel erreicht wurde.

Bewegungen hinterlassen Erfahrungen, Netzwerke und Bilder – und gar nicht selten verändern sich die Fragen, die danach gestellt werden. Selbst wenn die Orte, an denen sie entstanden sind, längst verschwunden sind.



Flyer „Jugend vertritt Jugend“ NRW / Bild: gehoert-werden.de

Engagement gibt Kraft zum Weitermachen

Jugend vertritt Jugend NRW (JvJ NRW) ist eine landesweite Interessenvertretung, die sich für die Anliegen von jungen Menschen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe einsetzt.

Die Gruppe besteht aus elf Mitgliedern, die alle zwei Jahre von Gleichaltrigen aus Einrichtungen gewählt werden. Die Mitglieder sind in der Regel zwischen 12 und 20 Jahren alt und leben selbst in diesen Einrichtungen, wodurch sie die Lebensrealität ihrer Zielgruppe direkt kennen und vertreten. JvJ NRW setzt sich für die Rechte und Interessen von rund 35.000 Kindern und Jugendlichen in NRW ein.

Wir haben mit Ecrin (16) aus Herten und mit Helena (22) aus Münster gesprochen.

Mögt ihr Euch kurz vorstellen?

Ecrin: Ich bin 16 Jahre alt, wohne in Herten, gehe noch zur Schule und gehe in die zehnte Klasse. Ich habe viele Hobbys, und ich mache gern viel, verbringe Zeit mit Freunden. Ich kann mir vorstellen, später bei der Polizei oder im Jugendamt zu arbeiten.

Helena: Ich bin Helena, 22 Jahre alt, fange im Herbst 2026 an zu studieren, Germanistik und Soziologie. Ich weiß noch nicht genau, was ich direkt damit mache. Ich habe unterschiedliche Ideen, vielleicht eine politische Organisation, vielleicht Schriftstellerin. Sonst mache ich hauptsächlich ehrenamtliche Arbeit.

Seit wann seid ihr bei Jugend vertritt Jugend NRW dabei und warum engagiert ihr Euch?

Ecrin: Wir wurden beide im Juli 2025 gewählt. Ich war davor schon bei "Gehört werden!" dabei und hatte die Arbeit von JvJ NRW sehr bewundert. Die Arbeit hat mich sehr interessiert, weil ich gern für mich selbst einstehe und für meine Mitmenschen hier in der Wohngruppe. Ich möchte auch neue Leute kennenlernen, die ähnliche Interessen haben. Dann habe ich kandidiert, wurde gewählt und habe dann auch tolle Menschen kennengelernt.

Helena: Meine Wohngruppenleitung hat mir den Zettel für die Wahlen in die Hand gedrückt. Ich hatte schon vorher viel politische Arbeit gemacht, und weil ich auch hier in der Wohngruppe die Person bin, die oft für andere Leute einsteht. Deshalb war für mich sofort klar, dass ich mich bewerben werde.

Was verändert sich dadurch im Alltag? Wie kriegt ihr Schule, Uni und das Engagement zusammen?

Ecrin: Auf unsere Zeiten wird Rücksicht genommen. Unsere gemeinsamen Treffen sind möglichst am Wochenende. Wenn es nicht anders geht und ein wichtiger Termin in die Schulzeit fällt, kann eine Entschuldigung geschrieben werden. Und was viel Arbeit angeht: Wir melden uns ja für die Aufgaben freiwillig. Helena hatte zum Beispiel letztens ein sehr schönes Schreiben verfasst, was ich digitalisiert habe. Wir melden uns für solche Sachen freiwillig, wenn wir wissen, dass wir dafür die Zeit haben und dass wir uns die Mühe auf jeden Fall machen wollen.

Was habt ihr erwartet, als ihr euch zur Wahl gestellt habt? Was wolltet ihr erreichen?

Helena: Für mich sind auch kleine Erfolge wichtig. Aber auf Bundesebene merken wir, dass Jugendhilfe immer mehr angegriffen und als Kostenfaktor gesehen wird. Und da finde ich es wichtig, mich auch generell für das Thema stark zu machen.

Ecrin: Ich glaube es ist wichtig, dass wir für die Leute, zu denen wir selbst gehören, auch gut einstehen, dass die Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen, dass man ihnen das Gefühl gibt: Da gibt es welche, die Probleme verstehen können und die sich bei Konflikten vielleicht für einen auch hinstellen. Das ist auch was Schönes.

Helena: Ich habe mit 19 die Erfahrung gemacht, dass das Jugendhilfesystem nicht immer gerecht ist, und das war auch eine Motivation für mich, auch für andere Menschen, die auch in der Jugendhilfe leben, was bewirken zu können.

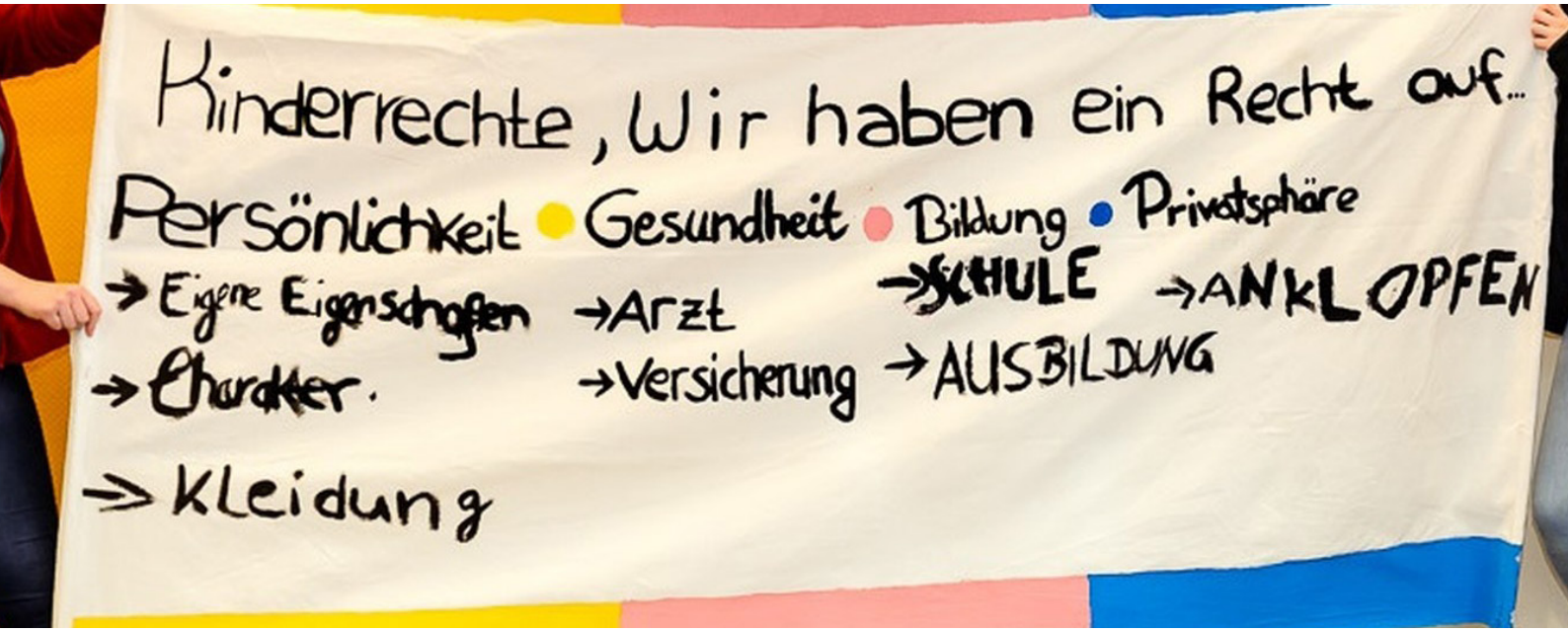
Mit was für Fragen kommen Jugendliche zu Euch, was sind Themen?

Ecrin: Es kommen alle möglichen Fragen: Bei uns sind mehrere Gruppen, und eine sagte, dass das WLAN nicht gut funktioniert. Daran können wir nicht so viel ändern. Dann kam das Bekleidungsgeld ins Spiel, ob wir da was machen könnten. Ich habe das Thema mit reingenommen, auch von einer anderen Einrichtung, viele Jugendliche, die sich sehr viel Zeit genommen haben, um uns anzuschreiben, und die gesagt haben: Hey, die Gelder wurden seit längerem nicht erhöht, also Klamotten sind ja auch viel teurer geworden. Das ist ein Thema, da haben wir uns vorgenommen, ob wir da was ändern können.

Helena: Generell kann man aber sagen, dass wir nicht so extrem viele Kontakte zu anderen Jugendlichen haben, denn für persönliche Probleme oder Konflikte ist eher die Ombudtschaft zuständig. Wir sind ja in ganz NRW nur elf Leute, daher gehören zu unserem Bereich eher strukturelle Dinge.

Was konntet ihr denn bislang umsetzen, wo habt ihr das Gefühl, dass ihr in diesem Jahr schon weitergekommen seid?

Helena: Wir haben erstmal Anfang 2026 eine Umfrage durchgeführt, wo es um stigmatisierende Sprache bei Fachkräften ging. Insgesamt haben 899 Kinder und Jugendliche teilgenommen. Auf Basis der Ergebnisse haben wir ein Positionspapier geschrieben, mit dem Titel „Kein Systemsprenger, sondern Mensch“. Da haben wir bis jetzt schon sehr viele positive Rückmeldungen bekommen, von Einrichtungen, die sagen, dass sie von der Perspektive profitiert haben. Und auch von einer Hochschule kam eine Rückmeldung, dass sie eine Seminarreihe zu dem Positionspapier machen werden.



Transparent, entstanden in einem Workshop / Bild: gehoert-werden.de

Was hat sich durch das Engagement für Euch persönlich verändert?

Ecrin: Für mich waren das nicht unbedingt die schönsten Jahre und ich hätte mir gewünscht, dass ich früher gewusst hätte, dass es Menschen gibt, die sich für junge Menschen wie uns einsetzen, in jeglicher Art und Weise. Und jetzt zu wissen, wenn jemand anders sowas passiert, da sind Leute, die für einen einstehen, das gibt mehr Sicherheit. Und durch die Umfrage erfahren wir auch, wie sehen andere das Leben in einer Einrichtung.

Helena: Ich war vorher schon politisch aktiv, aber ich hatte immer Schwierigkeiten in neue Gruppen reinzukommen, da ich Autistin bin. Und ich war nicht so zufrieden mit dem Maß an politischer Arbeit, die ich mache. Das hat sich durch JvJ NRW verändert, meine Selbstwirksamkeit ist einfach deutlich stärker geworden. Ich gehe auch selbstbewusster in schwierige Situationen. Die aktuellen politischen Umstände bringen schon sehr viele Zukunftsängste mit sich und dann zu wissen, ich kann mich einsetzen, ich habe irgendwie ne Handhabe, das verändert für mich schon relativ viel.

Was sind denn im Moment für euch die die wichtigsten Themen mit Blick auf „Jugend vertritt Jugend?“

Ecrin: Für mich ist das Wichtigste, dass junge Menschen gesehen und gehört werden, mit ihren einzelnen Anliegen. Das war mir auch als ich kandidiert habe sehr wichtig, das Thema Stigmatisierung, dass wir häufig als Problemkinder gesehen werden. Das muss aufhören, weil wir das nicht sind.

Helena: Präsenz zeigen, dass wir da sind, dass wir nicht nur ein paar Kinder in Deutschland sind, sondern sehr viele Menschen und das mehr in die Gesellschaft reintragen, auf politischer Ebene: Unsere Rechte und unsere Lebensgrundlagen sind nicht verhandelbar. Nicht nur Entstigmatisierung unter Fachkräften, sondern generell.

Im Moment sind ja viele Leute eher pessimistisch gestimmt. Woher nehmt ihr die Zuversicht und die Power, weiterzumachen?

Ecrin: Ich hab einfach die Hoffnung, etwas verändern zu können.

Helena: Ja, mich auch mit anderen für Dinge einzusetzen - also durch JvJ NRW, aber auch durch andere politische Arbeit, die ich mache. Irgendwie anderen zu helfen und die Kraft, die ich auch aus dem Engagement ziehe, irgendwie weitertragen. Ich glaube, sonst würde ich auch ein bisschen untergehen.

Ecrin: Also ich finde es wichtig, falls für Menschen da zu sein, offen zu sein. Seine Meinung immer zu sagen, ob es jetzt passend ist oder nicht, weil eine Meinung immer zählt.

Was wünscht ihr denen, die in 2027 auf Euch folgen werden?

Helena: Es geht ja immer zwei Jahre die Kandidatur. Die nächste Wahl ist im Sommer 2027. Ich werde danach wahrscheinlich nicht mehr kandidieren, weil ich dann 23 Jahre alt bin.

Aber was ich den anderen wünsche: Man merkt schon, dass wir populärer werden und mehr Leute auf uns zukommen und ich hoffe, dass die Jugendlichen, die nach uns kommen, dass die wie mehrere von uns jetzt auch erleben, was es bedeutet, sich für die eigenen Rechte einsetzen zu können, dass die darauf aufbauen und dadurch noch mal mehr bewirken können.

Wie läuft es bislang mit der Vernetzung mit anderen Jugendvertretungen, und über NRW hinaus? Wie erlebt ihr Eure Wirkung?

Helena: Wir treffen viele Leute von anderen Organisationen, aber insgesamt sind die Kontakte vereinzelt.

Ecrin: Wir sind mittlerweile ziemlich bekannt, sind auch schon bei Anhörungen auf dem Podium gewesen. Ich denke, es sollte viel mehr Selbstvertretungen von Jugendlichen geben, klar.

Helena: Es gibt ja das BUNDI, wo wir Teil sind. Also die Bundesvernetzung der Selbstvertretungen in Deutschland. Da sind gerade sieben Bundesländer dabei. Alle anderen haben noch keine landesweite Selbstvertretung, aber wir arbeiten als BUNDI dran, unter welchen Umständen man da beitreten kann, 7 von 16 Bundesländern ist jetzt nicht gerade viel, aber ich glaub schon, dass das gerade im Kommen ist, wobei die oft nicht JvJ heißen, sondern „Landesheimrat“ oder so. Wir sagen, der Begriff „Heim“ steht für eine andere Zeit, und „JvJ NRW“ ist glaube ich die einzige Vertretung in Deutschland, die sich ihren Namen selbst ausgesucht hat.

Ihr werdet von der Fachstelle unterstützt. Wie weit könnt ihr autonom agieren?

Helena: Niemand gibt uns vor, was wir zu bearbeiten haben. Wir suchen uns die Themen aus und wir bestimmen, was wir auf welche Anfragen sagen. Anna und Inga von der „Fachstelle Gehört werden!“ unterstützen uns bei allem, aber sie wollen, dass wir selbst bestimmen und sie sorgen dafür, dass das Ganze für uns in einem sicheren Rahmen passiert. Das kann heißen, dass sie Anfragen mit uns besprechen oder auch, dass sie uns zu einem Termin begleiten.

Gibt es irgendetwas, was ihr gerne noch sagen möchtet oder was euch noch wichtig ist, was wir vielleicht nicht angesprochen haben?

Helena: Ich fände es gut, wenn es inklusiver wäre. Bis jetzt halt meistens ist es die Jugendhilfe, aber es gibt kaum Selbstvertretung für die Eingliederungshilfe oder Pflegekinder und ich glaube, dass das breiter aufgestellt werden muss.

Links zu JVJ NRW
https://www.jvj-nrw.de/de/

Link zum Positionspapier "Kein Systemsprenger, sondern Mensch"
https://www.jvj-nrw.de/filer/canonical/1782278392/663712/

Kreativ gegen Vorurteile

2021 wurde der Verein „Die jungen Wohngemeinschaften e.V.“ gegründet, mit dem Ziel, Vorbehalte gegenüber sogenannten „Heimkindern“ abzubauen. Kreative Aktionen und Informationen aus erster Hand sollen Perspektivwechsel und die Reflexion von Vorurteilen ermöglichen.

Die jüngste öffentlichkeitswirksame Aktivität war im Sommer 2026 eine Multimedia-Ausstellung im Kölner Orangerie-Theater, zum Abschluss des 3-Jahres-Projektes „Vom Schatten ins Licht“.

Im Rahmenprogramm von „Komm, lass uns kochen und quatschen“ wurde u.a. das gleichnamige Kochbuch mit Rezepten und Geschichten aus Wohngruppen vorgestellt und über die „Wohngruppe als Ersatzfamilie“ diskutiert mit vielen Beteiligten, darunter Kinder und Jugendliche aus Wohngruppen, Vertreter*innen von JvJ NRW, Leiter*innen von Jugendhilfeeinrichtungen, Pädagog*innen, Jugendamtsleiter*innen sowie viele mehr, die privat oder beruflich mit dem Thema zu tun haben.



Projektworkshop: Kinder und Jugendliche diskutieren über die kreativen Möglichkeiten und die Risiken von KI.
Bild: Die jungen Wohngemeinschaften e.V.

Über den Verein:
https://diejungenwohngemeinschaften.de/

Zur Ausstellung im Orangerie-Theater
https://www.orangerie-theater.de/programm/komm-lass-uns-kochen-und-quatschen/



Bild: gehoert-werden.de/de/einblicke

Empowerment für Kinder und Jugendliche in Wohngruppen: Die Fachstelle „Gehört werden!“

Kinder und Jugendliche in Wohngruppen wissen selbst am besten, was sie brauchen. Inga Abels und Anna Richters von der Fachstelle „Gehört werden!“ unterstützen sie in Köln bzw. Münster dabei, ihre Interessen zu vertreten. Vieles hat sich bewegt, seit die Fachstelle 2017 eingerichtet wurde. Doch echte Beteiligung ist noch keine Selbstverständlichkeit. Wir haben mit Inga Abels in Köln gesprochen.

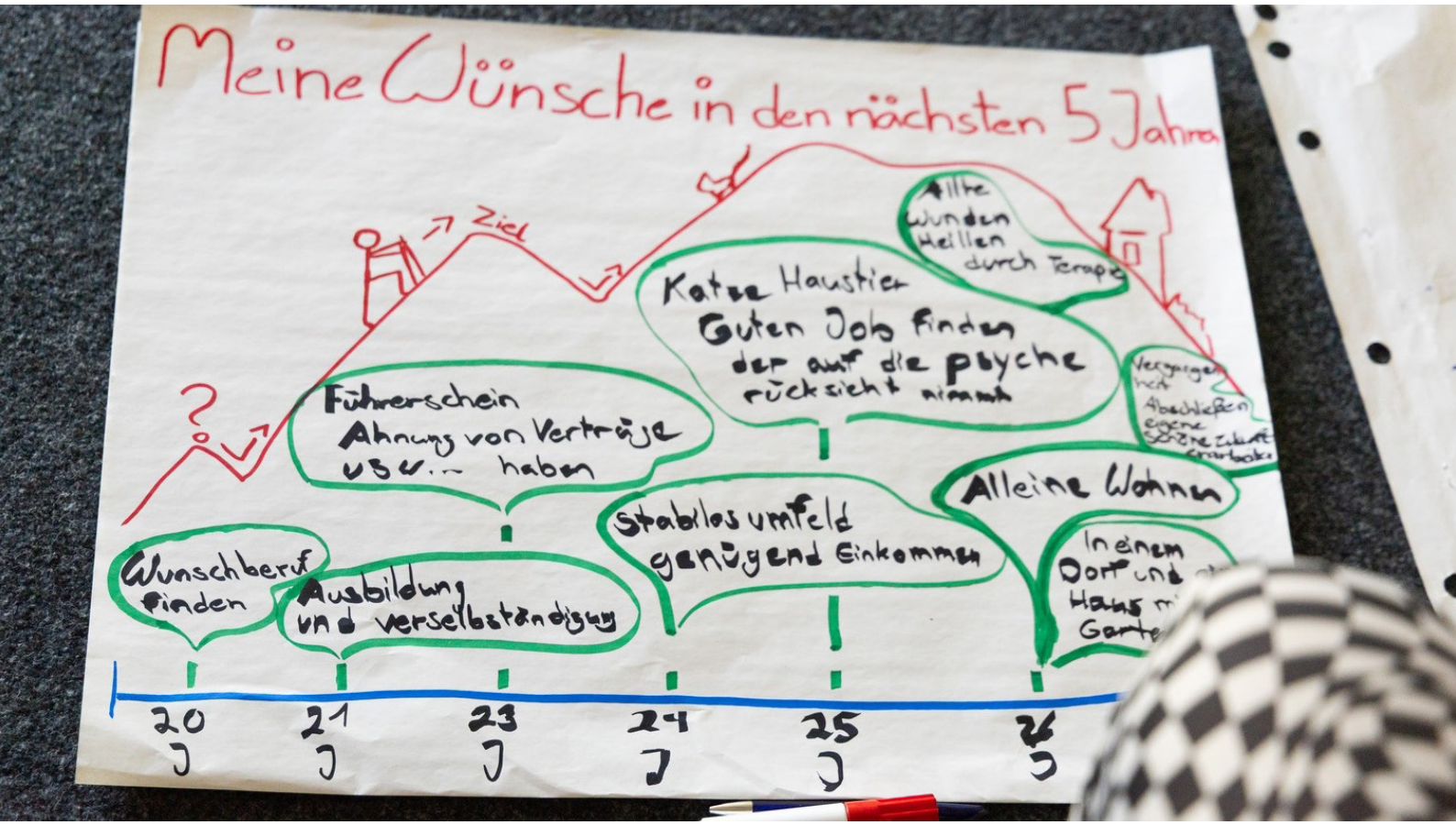
Manchmal beginnt Mitbestimmung mit der Form eines Tisches. In einer Beteiligungswerkstatt erzählt ein Mädchen, dass es bei Hilfeplangesprächen ungern an eckigen Tischen sitze. Dort habe es das Gefühl, sich für eine Seite entscheiden zu müssen: für das Jugendamt, die Eltern oder die Einrichtung. Sein Wunsch: „Ich würde mir wünschen, dass wir an einem runden Tisch sitzen."

Für Inga Abels zeigt diese Begegnung, wie viel Neues Fachkräfte erfahren können, wenn sie jungen Menschen gut zuhören. Andere Jugendliche berichten, wie wichtig ihnen Dolmetscher seien, denen sie vertrauen könnten. „Das sind einfache, logische und nachvollziehbare Ideen, die Kinder und Jugendliche haben."

Seit 2017 baut Abels die LVR-Fachstelle „Gehört werden!" mit auf. Sie begleitet unter anderem die landesweite Selbstvertretung „Jugend vertritt Jugend NRW", kurz JvJ NRW. Dass es diese heute gibt, ist für sie der wichtigste Fortschritt: „Vor zehn Jahren gab es keine Selbstvertretung für Kinder und Jugendliche aus den stationären Hilfen in NRW auf Landesebene!"

Beteiligung braucht Zeit und Unterstützung

Junge Menschen einzuladen reiche allerdings nicht aus. Sie bräuchten verständliche Informationen, Vorbereitung und manchmal Begleitung, sagt Inga Abels. Vor allem müssten sie wissen, welche Rechte sie haben, und: „Es muss um die Themen der Kinder und Jugendlichen gehen, in einer Sprache, die sie verstehen."



Wünsche für die Zukunft, Beteiligungsworkshop 2024
Bild: gehoert-werden.de/de/einblicke

Erwachsene müssten bereit sein, dazuzulernen. Die Perspektiven junger Menschen seien „ein Geschenk, wenn sie uns daran teilhaben lassen“, sagt Abels.

Die elf gewählten Mitglieder von JvJ NRW (siehe Interview in dieser Ausgabe) bearbeiten Anfragen, entwickeln Positionen und verfassen Stellungnahmen. All das leisten sie ehrenamtlich neben Schule oder Ausbildung. „Das ist viel und es ist klar, dass die Begleitung absolut notwendig ist.“ Hauptamtliche organisieren Treffen, kümmern sich um die Kosten und erläutern Zuständigkeiten. Sie sind auch ansprechbar, wenn ein Thema die Jugendlichen persönlich aufwühlt.

Eine Hürde bleibt der Kontakt zu den jungen Menschen in den Einrichtungen. Damit Informationen ankommen, ist die Selbstvertretung auf engagierte Fachkräfte angewiesen. Abels wünscht sich deshalb zusätzlich einrichtungsübergreifende Vertretungen auf kommunaler Ebene. Nachholbedarf sieht sie auch bei der Selbstvertretung von Pflegekindern und jungen Menschen in der Eingliederungshilfe.

Gegen Vorurteile und Machtungleichheiten

Wer in einer Wohngruppe aufwächst, erlebt häufig Stigmatisierung. Abels fordert einen anderen gesellschaftlichen Blick: „Die Gesellschaft sollte wahrnehmen, dass es unterschiedliche Formen des Aufwachsens gibt und dass die erstmal alle in Ordnung sind.“

Medien stellten junge Menschen, ihre Eltern oder Wohngruppen oft pauschal als problematisch dar. Auch die Reduzierung auf eine Opferrolle könne Vorurteile verstärken.

Neben Mitbestimmung brauchen junge Menschen verlässliche Beschwerdewege. Unabhängige Ombudsstellen seien dafür unverzichtbar, etwa bei Konflikten mit dem Jugendamt. „Dort Machtungleichheiten auszugleichen, ist wichtig.“ Die Jugendlichen selbst wünschten sich wohnortnähere Angebote.

Dass junge Menschen mitgestalten wollen, erlebt Abels immer wieder. Entscheidend seien Themen, die ihren Alltag berühren, und spürbare Erfolge. Ihr Wunsch für die Zukunft: „Ich wünsche mir eine Debattenkultur, wo die Positionen von jungen Menschen selbstverständlich vorkommen.“ Denn Selbstvertretung verändert mehr als den Alltag in einer Wohngruppe: Sie lässt Jugendliche erleben, dass ihre Stimme in der Demokratie zählt.



Hashtag, geschaffen von JVJ NRW
jvj-nrw.de/de/eure-und-unsere-themen/#nichtsowiedudenkst-33446008



Theaterkollektiv Forscher*innen (7-10 Jahre) auf der Bühne beim BOHEI-Festival 2026
Bild: Tino Werner

Das Gefühl, gehört zu werden

Flora de Souza Kleidt und Carlotta „Lotta" Briz Kristhofen (beide 15 Jahre) spielen im Theaterkollektiv Performer*innen des COMEDIA Theaters in Köln und engagieren sich bei Imp:act, dem Jugendbeirat des COMEDIA.

Was bedeutet es für junge Menschen, mitzugestalten und gehört zu werden? Yaël Koutouan (Kuratorin africologneLOCAL) hat Flora und Carlotta getroffen.

Wo erlebt ihr in eurem Alltag, dass eure Stimme zählt?

FLORA: Vor allem bei Imp:act. Ich habe das Gefühl, dass ich dort gehört und wahrgenommen werde und dass sich danach auch etwas verändert. Und im Theater, wenn Menschen nach einem Stück auf uns zukommen und sagen: „Das hat uns berührt" oder „zum Nachdenken angeregt."

LOTTA: Ich würde sagen, bei Imp:act mehr als beim Theater, weil ich dort richtig mitsprechen und mitentscheiden kann.

FLORA: Dennoch finde ich es schwer, einen Bereich zu finden, wo ich mich nicht von Erwachsenen abhängig fühle – sie haben einfach oft das letzte Wort. Meine Meinung zählt, aber nicht so dolle wie die von Erwachsenen, und ob sie zählt, hängt oft davon ab, ob ein Erwachsener das möchte. Bei Imp:act ist das angenehmer, weil wir eine Gruppe nur von jungen Leuten sind und selbst frei entscheiden können, was wir wichtig finden.

Was macht denn Imp:act besonders? Und was sind Eure Aufgaben?

FLORA: Wir sagen immer: Wir sind die Jugendvertretung des Theaters. Wir treffen uns einmal im Monat und besprechen, was wir verbessern wollen. Wir werden auch in Entscheidungen einbezogen, die sonst eher Erwachsene treffen, und waren bei einem Casting dabei.

LOTTA: Wir gestalten Produktionen mit, moderieren Nachgespräche nach Aufführungen, vor allem beim BOHEI-Festival, und wir entscheiden auch selbst, wie wir so ein Nachgespräch gestalten. Das BOHEI Festival ist ein partizipatives Festival für Kinder und Jugendliche. Wir schreiben auch Empfehlungen für Theaterstücke.

Flora, du hattest gesagt, dass Erwachsene oft trotzdem das letzte Wort haben. Betrifft das verschiedene Bereiche und ist das etwas, das du ändern würdest?

FLORA: Ich würde mir wünschen, dass man wirklich schaut, wie sinnvoll etwas ist – und dass meine Meinung nicht automatisch weniger zählt, weil ich jünger bin.

LOTTA: Mir geht das auch so. Auch wenn wir jünger sind, haben wir trotzdem Ahnung von manchen Dingen – vielleicht sogar mehr als die Älteren.

FLORA: Alter ist ein Faktor, aber nicht immer so wichtig wie man denkt. Oft wird so getan, als wäre man mit achtzehn automatisch erwachsen. Ich habe mit Achtzehnjährigen geredet, die sich nach ihrem Geburtstag unter Druck gefühlt haben. Theater für Jugendliche sollte auch mehr von Jugendlichen kommen, weil wir Gleichaltrige anders erreichen können. Und es ist bei unserer Gruppe auch demotivierend, dass wir ein halbes Jahr Probenarbeit haben und dann nur so zwei, drei Aufführungen, obwohl viele zu uns sagen: „Ihr müsstet das viel öfter und auch an Schulen spielen."

LOTTA: Bei Imp:act haben wir schon eine große Stimme. Bei den Aufführungen wünsche ich mir aber auch mehr Mitsprache darüber, wann und wie oft wir spielen.

FLORA: Ich würde mir wünschen, dass das, was wir bei Imp:act sagen, noch mehr in die Tat umgesetzt wird und dass Jugendtheater genauso wertgeschätzt wird, wie das von Erwachsenen – dass es dafür einen festen Platz im Spielplan gibt.

LOTTA: Es gibt oft dieses „Okay, wir haben euch gehört" – aber dann wird es doch nicht richtig umgesetzt. Es muss normal werden, dass Jugendliche überall mitbestimmen, nicht nur am Theater, sondern auch in der Schule und in der Gesellschaft, dass öfter gefragt wird: „Wie siehst du das eigentlich?"

FLORA: Und dass Jugendlichen mehr vertraut wird. Oft wird mit „Jugendliche bestimmen mit" geworben, aber es muss auch wirklich so sein. Ich würde mir wünschen, dass es nicht nur von uns heißt „Danke, dass wir mitentscheiden dürfen", sondern von den Erwachsenen: „Danke, dass ihr euch einbringen möchtet."

Vielen Dank euch beiden für das Gespräch!

Das COMEDIA Theater in Köln organisiert Theaterkollektive für Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 24 Jahren. Über ein Jahr lang können die Teilnehmenden gemeinsam künstlerisch arbeiten. Die entwickelten Performances und Stücke werden beim BOHEI Festival auf den Bühnen des COMEDIA Theaters gezeigt.

Link zum Festival: https://comedia-koeln.de/programm/festivals/bohei/

Die Teilnahme ist für Kölner Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene **kostenfrei**.
Aktuell gibt es Wartelisten, daher wird empfohlen, sich frühzeitig anzumelden.



Eröffnung BOHEI Festival 2026 / Bild: Tino Werner

Fragen an die NS-Diktatur – Schüler*innenprojekt an Gedenkstätte Brauweiler bei Köln



Plakat zur Ausstellung. Bild: LVR-AFZ

Als in Preußen Anfang des 19. Jahrhunderts vielerorts Kircheneigentum verstaatlicht wurde, entstand in der Abtei Brauweiler ein sogenanntes "Arbeitshaus", wo Menschen eingesperrt waren und Zwangsarbeit leisten mussten. Während der NS-Zeit von 1933 bis 1945 diente das Gebäude als Konzentrationslager, Gestapo-Gefängnis und Arbeitslager. Zahlreiche Menschen, die das NS-Regime als politisch oder sozial „unerwünscht“ brandmarkte, sowie Regimegegner und jugendliche Widerstandskämpfer*innen wurden hier inhaftiert. Auch Kölns ehemaliger Oberbürgermeister und späterer Bundeskanzler Konrad Adenauer und seine zweite Ehefrau Auguste wurden hier im Herbst 1944 einige Wochen festgehalten und erlebten in der Zeit schlimme Misshandlungen an Mitgefangenen.

Die 2008 eröffnete **Gedenkstätte Brauweiler des LVR** dokumentiert die Geschehnisse zwischen 1933 und 1945 und erinnert an die Menschen, die hier litten. Nach einer umfassenden Neugestaltung gibt es seit 2024 eine neue Dauerausstellung im Kellergeschoss des ehemaligen „Frauenhauses“. Im Schuljahr 2025/2026 haben Jugendliche zweier Brauweiler Schulen (Abteigymnasium und Schule an der Jahnstraße) die NS-Diktatur in Brauweiler erforscht und ihre Ergebnisse in einer Ausstellung für die Gedenkstätte Brauweiler präsentiert. Die Jugendlichen stellten sich viele Fragen: Wie sahen die Lebenswege Gleichaltriger aus? Was hätten sie gemacht, wenn sie damals gelebt hätten? Wir haben mit zwei Schülerinnen gesprochen, die an dem Projekt teilgenommen haben.

Frida, Liliana, ihr seid beide 16 Jahre alt und besucht aktuell die 11. Klasse des Abteigymnasiums in Pulheim-Brauweiler bei Köln. Im Schuljahr 2025/2026 habt ihr beide an einem Projekt teilgenommen, bei dem es um die NS-Zeit in Brauweiler ging. Wie seid ihr dazu gekommen?

Liliana: Das war im Rahmen vom Kulturunterricht. Bei uns in der Schule ist das ein zusätzliches Fach, da macht man mehr kreative Sachen. Unser Lehrer hatte sich mit der Gedenkstätte in Verbindung gesetzt. Wir waren ca. 30 Schülerinnen und Schüler, und haben ein Jahr lang jede Woche rund 4 Stunden im Kunst- und Kulturunterricht an dem Projekt gearbeitet.

Konntet ihr euch selbst überlegen, was ihr machen wolltet?

Liliana: Im Kunstunterricht hatten wir Porträtzeichnen. Wir haben Biografien von Leuten bekommen, die früher in Brauweiler gelebt haben, zur NS-Zeit. Wir konnten eine Person aussuchen und haben die gezeichnet.

Wer hat dich besonders beeindruckt?

Liliana: Die Geschichte eines Mannes, der in der Arbeitsanstalt gearbeitet hat. Als die Gestapo kam, ist er gegangen, weil er nichts mit denen zu tun haben wollte. Ich fand interessant, dass es Leute gab, die direkt erkannt haben, dass das nicht richtig ist und dann aufgehört haben, da mitzumachen.



Noch bis Januar 2027 zu sehen: Arbeiten von Schüler*innen des Abteigymnasiums Brauweiler / Bild: Britta Gelb

Gab es auch Gruppenarbeiten?

Frida: Ja, wir hatten Arbeitsgruppen, in denen wir gemeinsam ein Thema ausgesucht und überlegt haben, wie wir darstellen wollen, was hier in der NS-Zeit passiert ist. Meine Gruppe hat eine menschliche Figur mit zwei Seiten gebaut: Die eine Seite zeigt eine Person, die in der NS-Zeit gelebt hat, die andere eine Person, die heute lebt. Das fand ich cool.

Liliana: Meine Gruppe hat ein digitales Projekt gemacht, mit einer 3D-gedruckten Karte von Brauweiler. Da kann man sehen, welche Häuser damals hier standen, welche immer noch hier stehen und welche neu dazugekommen sind.

Wie habt ihr das Projekt erlebt? Was waren wichtige Schritte?

Frida: Wir haben uns mit dem Team vom LVR getroffen, die haben uns erst mal erzählt, was früher passiert ist und einen Rundgang für uns organisiert. Danach haben wir uns im Unterricht mit dem Thema beschäftigt. Wir haben viel recherchiert.

Liliana: In der Schule macht man zur NS-Zeit schon viel im Geschichtsunterricht. Aber wir hatten bisher noch nichts darüber gemacht, was in Brauweiler konkret passiert ist.

Was war für Euch neu?

Frida: Mich hat schockiert, unter welchen Bedingungen die Leute in der Abtei gefangen waren. Ich wusste auch nicht, dass hier in Brauweiler so eine Anstalt war, wo Jugendliche reinkamen, die nicht einem bestimmten Bild entsprochen haben.

Manche sagen, dass in der Schule und in der Gesellschaft zu viel über die NS-Zeit geredet würde. Das würde jungen Leuten ein schlechtes Gewissen machen und ihnen ein schlechtes Bild vom eigenen Land vermitteln.

Liliana: Ich finde nicht, dass bei uns Jugendlichen durch die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit ein Schuldkomplex entsteht. Im Gegenteil: Ich finde es wichtig, darüber zu reden, weil wir dürfen unsere Geschichte jetzt nicht vergessen, damit jeder merkt, wie schlimm das war und damit es nicht nochmal passiert. Margot Friedländer, eine Überlebende des Holocausts, hat gesagt, dass sich die Geschichte nicht wiederholen darf und dass das in unseren Händen liegt. Für mich persönlich spielt das Thema eine Rolle, weil ich mich auch für Politik interessiere und weil die Jugend die Zukunft des Landes ist. Je mehr Zeit vergeht, je länger der Holocaust zurückliegt, umso wichtiger ist es daran zu erinnern, weil es sonst langsam in Vergessenheit gerät.

Fühlt man sich also stärker oder eher verunsichert?

Liliana: Naja, verunsichert vielleicht, weil man in der Gesellschaft vielleicht sieht, dass sich Sachen wiederholen. Aber man fühlt sich auch stärker, weil man selbst klar weiß, dass es nicht noch mal geschehen sollte.

Frida: Ich finde es auch richtig, weil indem wir daran zurückdenken, ehren wir die Menschen. Also ich fühle mich jetzt dadurch jetzt nicht schlechter.

Wenn man offen mit der Vergangenheit umgeht, macht einen das stärker in der Gegenwart? Wie habt ihr die Verbindung zu heute hergestellt?

Liliana: Das war auch ein Teil des Projekts, zu schauen: Was sagt uns das für die Situation heute in unserem Umfeld, und persönlich? Wir haben Zitate von damals und von heute gegenübergestellt, zu bestimmten Themen.

Frida: Zum Beispiel, dass man früher nicht protestieren konnte und seine Meinung nicht äußern konnte, anders als heutzutage. Unsere Gruppe hat sich auch damit auseinandergesetzt, wie sehr das Umfeld und die Zeit, in der man geboren ist, uns als Menschen ausmacht.

Also zum Beispiel die Jugendlichen, die in der NS-Zeit aufgewachsen sind, die sahen ganz anders aus, haben ganz anders geredet, ein anderes Weltbild gehabt als wir heutzutage.

Liliana: Viele der Leute, die da reingeschickt wurden, waren in unserem Alter. Deswegen ist das schon krass, weil wenn wir in der Zeit geboren wären, wäre das vielleicht uns auch passiert. Und das hat halt nur was damit zu tun, dass wir jetzt geboren sind.

Euer Projekt ist fast abgeschlossen, die Ausstellung geht noch bis Anfang Januar 2027. Werdet ihr weiter zu diesem Thema arbeiten?

Frida: Im Moment habe ich keinen Geschichtsunterricht. Aber ich finde es schön, dass unsere Ausstellung noch läuft. Wir haben lange daran gearbeitet, deswegen finde ich es gut, dass die nicht schon nach einer Woche wieder weg ist. Viele Leute in Brauweiler wussten wahrscheinlich auch gar nichts von der Gedenkstätte. Dadurch, dass es jetzt eine Zeitlang in der Zeitung oder im Fernsehen war, oder durch die Flyer wurden vielleicht Leute aufmerksam und befassen sich auch mit dem Thema.

Jugendliche sind in Deutschland zahlenmäßig in der Minderheit und manche sagen, dass sie sich nicht richtig gesehen fühlen. Wie war das für euch, dass ihr mit dem Projekt in der Öffentlichkeit wart?

Liliana: Also meine Tante hat mich angeschrieben, dass sie das gut findet. Und deswegen fand ich das schon krass zu sehen, dass das halt wirklich Leute erreicht, weil wir das gemacht haben. Ich finde es cool, weil wir auch als Schule repräsentiert wurden.

Frida: Genau, das finde ich auch. Und ich fände es gut, wenn Jugendliche mehr Mitspracherechte hätten, generell.

Vielen Dank euch beiden für das Gespräch!

Die Dauerausstellung in der Gedenkstätte Brauweiler des LVR zeigt auf rund 340 Quadratmetern die verschiedenen Nutzungsphasen der Abtei Brauweiler als Arbeitsanstalt, Konzentrationslager, Gestapo-Gefängnis und (nach dem 2. Weltkrieg) als Lager für Displaced Persons. Im Mittelpunkt steht neben der Darstellung der geschichtlichen Ereignisse die Erinnerung an die Betroffenen. Ein Gedenkraum lädt Besucher*innen ein, der Opfer zu gedenken. Die Namen der Inhaftierten wurden von Schüler*innen der Gesamtschule Pulheim und der Jan-Wellem-Schule aus Düsseldorf eingesprochen. Begleitheft zur Dauerausstellung: Christine Hartmann, Ines Müller, Markus Thulin: Die Gedenkstätte Brauweiler des LVR. Pulheim 2024. Im Abteishop erhältlich.

Website der Gedenkstätte Brauweiler: www.lvr.de/gedenkstaettebrauweiler

Diskriminierung im Bildungsbereich: Schutzlücken schließen

Jahresbericht 2025 des ada.nrw-Netzwerks zeigt steigenden Beratungsbedarf

Diskriminierung macht vor Schulen und anderen Bildungseinrichtungen nicht halt. Das zeigt der Jahresbericht 2025 des ada.nrw-Netzwerks, der am 14. September 2026 in Düsseldorf vorgestellt wurde. Die im Netzwerk vertretenen Antidiskriminierungsberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen dokumentierten im vergangenen Jahr insgesamt 1.122 Diskriminierungsfälle. Immer häufiger nehmen Menschen in NRW die Unterstützung professioneller Antidiskriminierungsberatung in Anspruch. Die dokumentierten Fälle bilden allerdings nur einen Ausschnitt des tatsächlichen Diskriminierungsgeschehens ab. In ganz Nordrhein-Westfalen gibt es beispielsweise nur eine Antidiskriminierungsberatungsstelle speziell für Schüler*innen. Dennoch wurden im Bildungsbereich 231 Einzelfälle erfasst. Damit betraf etwa jeder fünfte neu dokumentierte Fall eine Bildungseinrichtung, viele davon Schulen. Im Bildungskontext berichteten die Betroffenen am häufigsten über Rassismus, Ableismus, Antisemitismus oder Klassismus.



Bild: Andreas Endermann / Freie Wohlfahrtspflege NRW

Gesetzlicher Diskriminierungsschutz zeigt Lücken

Gerade im öffentlichen Bildungswesen weist der gesetzliche Schutz vor Diskriminierung deutliche Lücken auf. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schützt beispielsweise im Arbeitsleben oder an Privatschulen, greift im öffentlichen Bildungswesen jedoch nicht umfassend. Laut Jahresbericht lagen 2025 insgesamt 57,3 Prozent der kategorisierten Fälle außerhalb des Anwendungsbereichs des AGG, unter anderem weil sich die Vorfälle im staatlichen Bildungswesen, im öffentlichen Raum oder in Behörden ereignet hatten.

Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz NRW (LADG, siehe BiMa 2/2026) soll sich der Schutz bei staatlichem Handeln verbessern. Das am 1. Oktober 2026 in Kraft getretene Gesetz schafft neue Rechte und Verfahren für Diskriminierungsfälle im Bereich der Landesbehörden. Damit entsteht insbesondere für den Bereich der öffentlichen Schulen ein rechtlicher Schutz vor Diskriminierungen der ein einfachgesetzlich normiertes Diskriminierungsverbot und konkrete Ansprüche auf Abhilfe, Entschädigung und Schadensersatz enthält.

Zudem benennt das LADG Anforderungen an Behörden und Schulen sowie öffentliche Einrichtungen zur Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt. Dies ist ein deutliches Signal für den öffentlichen Bildungsbereich, Diskriminierung entschlossen zu begegnen.

Beratungsstellen von ada.nrw leisten wichtigen Beitrag

Der Jahresbericht macht deutlich: Damit Kinder, Jugendliche und Erwachsene diskriminierungsfrei lernen können, braucht es nicht nur gute Bildungsarbeit, sondern auch verlässliche Rechte, Beschwerdemöglichkeiten und Beratung. Die ada.nrw-Beratungsstellen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag, indem sie Diskriminierung sichtbar machen und Betroffene dabei unterstützen, ihre Handlungsmöglichkeiten zu kennen und wahrzunehmen.

Netzwerk ada.nrw

Das Netzwerk ada.nrw ist ein Beratungsnetzwerk gegen Diskriminierung in NRW. Es handelt sich um einen Zusammenschluss von mehr als 40 landesgeförderten Beratungsstellen gegen Diskriminierung in NRW (ADA-Beratungsstellen) in Trägerschaft von Mitgliedsorganisationen der sechs Wohlfahrtsverbände AWO, Caritas, Der Paritätische NRW, Diakonie, DRK und Jüdische Gemeinden.

Jede ADA-Beratungsstelle im Netzwerk arbeitet eigenständig. Ihr Hauptanliegen ist die Begleitung und Stärkung von Ratsuchenden und Betroffenen von Diskriminierung. Der Beratungsfokus liegt mit unterschiedlichen Schwerpunkten auf rassistischer und antisemitischer Diskriminierung.

Ein wichtiges Anliegen des Netzwerks ist, die Qualität der Beratung durch juristische Begleitung, Dokumentation, Qualifizierung und Vernetzung sowie die Entwicklung gemeinsamer Beratungsstandards sicherzustellen.

Weitere Infos unter: www.ada.nrw

Das Bildungsmagazin „Vielfalt“

Informieren. Diskutieren. Auf den Punkt bringen.

- Fundierte Impulse und praxisnahe Empfehlungen für eine demokratiestärkende, inklusive pädagogische und soziale Arbeit
- Für Fachkräfte und für alle engagierten Menschen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen
- Kostenlos und online verfügbar
- Eine Publikation der Chancenwerkstatt für Vielfalt & Teilhabe

Alle Ausgaben für Sie hier zum Download.
Wir schicken Ihnen die aktuelle Ausgabe gerne direkt.

Impressum

Herausgeber:
Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Rhonestraße 2 a, 60765 Köln
Integrationsagentur Chancenwerkstatt
BANDAS Antidiskriminierungsberatung
Dienststelle Amsterdamer Str. 232
50735 Köln

Verantwortlich:
Sabine von Homeyer, Vorständin (Vorsitz)
Silke Arens, Vorständin

Redaktion:
Telefon: 0221 – 84 64 27 03
E-Mail: vielfalt@awo-mittelrhein.de

Mercedes Pascual Iglesias
Martina Sabra

Redaktionelle Mitarbeit und Recherchen: Alisia Gagg
Recherchen: Alia Sabra

Gestaltung: Emin Bolbolian, EbianDesign

Haftungshinweis:
Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

© AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Abdruck, auch in Auszügen, erwünscht, jedoch nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Gefördert durch:
INTEGRATIONS-AGENTUREN NRW
Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
ada.nrw
BANDAS